

Bezirksamtsvorlage Nr. 353
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 12.09.2023

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 2871/V, Beschluss vom 22.04.2021 betrifft:

Vorsorgen statt Nachsehen – Raumbedarf sozialer Träger sichern

2. Berichtersteller:

Bezirksstadtrat Spallek

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Vorsorge statt Nachsehen – Raumbedarf sozialer Träger sichern“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.

II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird die Abteilung Soziales und Bürgerdienste beauftragt.

III. Veröffentlichung: ja

IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

- a) Personalrat:
- b) Frauenvertretung:
- c) Schwerbehindertenvertretung:
- d) Jugend- und Auszubildendenvertretung:

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

Keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt.

10. Mitzeichnung(en):

BzBm
SchuSpo L
OrdUmSGA L
StadtFM L
JugFamGes L

Bezirksstadtrat Spallek

Vorlage - zur Kenntnisnahme -

über

Vorsorgen statt Nachsehen - Raumbedarf sozialer Träger sichern

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 22.04.2021 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 2871/V):

Das Bezirksamt wird ersucht, bei den im Bezirk tätigen sozialen Trägern eine Umfrage vorzunehmen, um den Stand der Mietverträge zu erfassen, mit denen Räumlichkeiten angemietet wurden. Dabei soll erfragt werden, ob es sich um Verträge mit privaten Vermietern handelt und wie lange deren Laufzeit beträgt.

Ausgehend von den erhobenen Daten und sich dabei abzeichnenden Problemlagen (z. B. Verdrängung durch Mietsteigerungen oder Sanierungsmaßnahmen) soll der Bezirk in bezirkseigenen Gebäuden Räumlichkeiten eruieren, die verdrängungsbedrohten Einrichtungen eine Nutzung ermöglichen.

Darüber hinaus wird das Bezirksamt ersucht, sich bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaugenossenschaften oder weiteren gemeinwohlorientierten Vermieter:innen dafür einzusetzen, dass diese den von Verdrängung bedrohten sozialen Trägern Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Sollten hierfür finanzielle Mittel, z. B. zur Unterstützung von Umzugs- oder Einrichtungskosten erforderlich sein, wird das Bezirksamt ersucht, diesbezüglich beim Senat Unterstützung anzufordern, bzw. im Rahmen der eigenen Haushaltsmittel Möglichkeiten zur Unterstützung zu suchen.

So werden u.U. Engpässe vermieden und auch für den Bezirk Kosten gespart.

Und: „Man erkennt den Wert einer Gesellschaft daran, wie sie mit den schwächsten ihrer Glieder verfährt.“ (Gustav Heinemann)

Der BVV soll halbjährlich über die entsprechenden Aktivitäten berichtet werden.

Das Bezirksamt hat am 12.09.2023 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Die Abteilung Soziales und Bürgerdienste - Amt für Soziales - hat die Berichterstattung zur obigen Drucksache federführend übernommen und dazu Zuarbeiten aus den verschiedenen Abteilungen eingeholt.

Dem Bezirksamt ist bewusst, dass sich nicht nur der Berliner Wohnungsmarkt in einer prekären Situation befindet, sondern auch bezahlbare Gewerbeimmobilien schwierig zu

finden sind. Insbesondere Träger, die über längere Zeit genutzte Immobilien aufgeben müssen, sehen sich vor große finanzielle Herausforderungen gestellt. Insofern begrüßt das Bezirksamt die Intention, die hinter dem Ersuchen steht und kann diesem über eine Stichprobenartige Abfrage nachkommen.

Die von der Bezirksverordnetenversammlung angedachte Umfrage nach dem Stand der Mietverträge mit der Abfrage der Vertragspartner*innen und der Mietvertragslaufzeit soll bei den im Bezirk tätigen sozialen Trägern vorgenommen werden. Damit ist nicht genau definiert, welche Träger gemeint sind. Hierzu ist anzumerken, dass im Bezirk tätige Träger nicht unbedingt auch ihren Standort im Bezirk Mitte haben. Im Bezirk Mitte ansässige Träger sind nicht ausschließlich in Mitte tätig. Wenn davon ausgegangen wird, dass Träger gemeint sind, die ihren Standort im Bezirk Mitte haben, ist nicht gewährleistet, dass alle mit dem Bezirksamt Mitte zusammenarbeiten bzw. dem Bezirksamt Mitte bekannt sind. Da nicht sichergestellt werden kann, dass alle Träger im Bezirk erreicht werden, damit der Gleichbehandlungsgrundsatz gefährdet sein könnte und auch datenschutzrechtliche Bedenken im Raum stehen, wurden vom Amt für Soziales bekannte Träger angeschrieben, die auch Zuwendungen erhalten. Ein darüberhinausgehender personeller und zeitlicher Aufwand wäre andernfalls nicht leistbar.

Ein halbjährlicher Bericht ist nicht angestrebt. Dieser würde regelmäßige Neuabfragen, erneute Auswertungen und ein ständiges Nachhalten und Aufbereiten der Ergebnisse erforderlich machen, was bei den knappen Personalressourcen mit bestehenden Be- und Überlastungssituationen nicht zu bewältigen wäre. Den verdrängungsbedrohten Trägern sollen Räumlichkeiten in bezirkseigenen Gebäuden angeboten werden. Solche Räumlichkeiten stehen dem Bezirksamt angesichts der Aufgabe vieler Immobilien in der Vergangenheit und der damit bestehenden Raumnot für das eigene Personal nicht zur Verfügung. Mit der Abfrage könnten somit Hoffnungen geweckt werden, die das Bezirksamt nicht erfüllen kann. Überdies mangelt es an objektiven Kriterien, die zu der Entscheidung führen, welcher Träger „verdrängungsbedroht“ ist.

Träger, denen der Verlust ihres Standortes im Bezirk Mitte droht, können sich trotzdem jederzeit an das Bezirksamt wenden. Wie in der Vergangenheit auch, wird bei Bedarf Unterstützung beispielsweise durch Empfehlungs-/Befürwortungsschreiben, Appelle an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Vermittlung von Kontakten u.a. zur BIM - Berliner Immobilienmanagement GmbH - und ggf. in finanzieller Hinsicht (insbesondere bei zuwendungsgeförderten Trägern) geleistet. Angesichts der Haushaltslage sind die Mittel jedoch begrenzt.

Alle Abteilungen wurden in das Ersuchen der obigen Drucksache einbezogen, sodass wie folgt berichtet werden kann:

Amt für Soziales:

Um dem Ersuchen der BVV nachkommen und einen Eindruck über die Situation der Träger hinsichtlich der mietvertraglichen Gegebenheiten aufzeigen zu können, hat das Amt für Soziales Mitte unter seinen Zuwendungsträgern eine entsprechende Abfrage vorgenommen, auch wenn das nur eine Stichprobe ergibt und nicht vollumfänglich den Vorgaben des Ersuchens entspricht.

Dabei sind folgende Angaben gemacht worden, wobei nicht alle zuwendungsgeförderten Träger geantwortet haben:

Träger	Objekt-Adresse	Vermieter	Laufzeit Mietvertrag	Eigentum
Deutscher Familienverband	Schuldner- und Insolvenzberatung Arminiusstr. 2-4 10551 Berlin	private AG	Unbefristet, moderate Miete, aber in die Jahre gekommene Räumlichkeiten	nein
Paul Gerhardt Stift Soziales gGmbH	Zukunftshaus Wedding/MGH Müllerstr- 56-58 13349 Berlin	Paul Gerhardt Stift	bis 31.12.2038	ja
Ev. Kirchengemeinde St. Marien-Friedrichswerder	Suppenküche in der St. Marienkirche, Karl Liebknechtstr. 8, 10178 Berlin			ja
Gemeinsam im Stadtteil e. V.	Seniorenarbeit stärken Sprengelstr. 15 13353 Berlin	Erbengemeinschaft, Haus wird verkauft, höhere Mieten erwartet	3 Mietverträge: bis 30.09.2023 bis 30.11.2023 bis 31.03.2024	nein
Berliner Arbeitslosenzentrum evangelischer Kirchenkreise e. V.	BALZ Beusselstr. 35 10553 Berlin	Reformations-Campus e. V.	bis 31.12.2027, Verlängerung um weitere 5 Jahre möglich	nein
Unter Druck e.V.	Sozialkultureller Treffpunkt für wohnungslose Menschen	Berliner Bau- und Wohnungsgenossenschaft von 1892 e.G.	bis 30.09. (automatische Verlängerung, wenn nicht gekündigt), Staffelmiete ist seit Jahren ausgesetzt	nein
Volkssolidarität	Seniorenbetreuung in der Begegnungsstätte "Mehr Mitte", Torstr. 190, 10115 Berlin	WBM (Mieter Bezirksamt)	Verlängerung des Mietvertrages durch das BA Mitte um weitere 5 Jahre (bis 2027)	nein
Volkssolidarität	Nachbarschaftszentrum "Brunnentreff" Brunnenstr. 145 10115 Berlin	privater Vermieter	Unbefristet (moderate Erhöhung der Nettokaltmiete)	nein

Stadtteilverein Tiergarten e. V.	Nachbarschafts- und Seniorentreff, Lützowstr.27 10785 Berlin	Räume in der Stadtteilbibliothek Tiergarten Süd, besondere Vereinbarung	bis zur Eröffnung des Kiezzentrum Villa Lützow (mit Option auf Fortführung), mietfrei, aber Erhöhung der Nebenkosten	Nein
Evangelische Gemeinde Tiergarten	Spätcafé Tiergarten, Heilandskirche St. Paulus St. Ansgar		Keine Antwort	
Moabiter Ratschlag	Seniorenangebote im SprengelHaus, Sprengelstr. 15, 13353 Berlin	privater Vermieter, Haus wird verkauft, höhere Miete erwartet, evtl. Kündigung	Unbefristeter Mietvertrag mit Kündigungsrecht 3 Monate zum Jahresende	nein
Moabiter Ratschlag	Treff am Ottopark Ottostr. 5, 10555 Berlin	EB HV für Deutsche Investment Kapitalverwaltungs gesellschaft mbH	unbefristet	nein

Darüber hinaus hat der Träger „Moabiter Ratschlag“ Angaben zu Projekten gemacht, die nicht vom Bezirk über Zuwendungen finanziert werden:

Moabiter Ratschlag	Treff Stephan-Kiez Stendaler Str. 9 10559 Berlin	Arvantis Stiftung	unbefristet	nein
Moabiter Ratschlag	Mädchen Kultur-Treff Dünja, Jagowstr. 12 10555 Berlin	privater Vermieter	unbefristet	nein
Moabiter Ratschlag	Nachbarschaftshaus Rostocker Str. 32 und 32b 10553 Berlin	Nutzungsvereinba- rung mit dem Land Berlin		nein
Moabiter Ratschlag	Otto Spielplatz Alt-Moabit 34 10555 Berlin	Nutzungsvereinba- rung mit dem Land Berlin		nein

Moabiter Ratschlag	Schulgarten Moabit Birkenstr. 5 10559 Berlin	Nutzungsvereinbarung mit dem Schulumwelt Zentrum		nein
Moabiter Ratschlag	JARA Containersiedlung Otto-Braun-Str.	Pioniernutzung Haus der Statistik	jeweils jährlicher Vertrag	nein

Die Stichprobe des Amtes für Soziales ergibt mit Ausnahme des Sprengelhauses (Moabiter Ratschlag, Gemeinsam im Stadtteil e. V.) keine Hinweise auf das Vorliegen von sich abzeichnenden Problemlagen.

Aus dem Geschäftsbereich der Bezirksbürgermeisterin wurde Folgendes zugearbeitet:

- Fixpunkt e.V. in der Utrechter Straße
Die Schwierigkeit ist hier, dass die Klient*innen vom Leopoldplatz nicht in den Räumen beraten werden dürfen. Das Beschäftigungsprojekt darf jedoch dort betreut werden.
Rahmenbedingungen Mietvertrag:
31.03.24 erstmalige Kündigungsmöglichkeit Fixpunkt zum 31.12.24 (Option auf 3-jährige Verlängerung)
- Der Beauftragte für Menschen mit Behinderungen hat trotz zweimaliger Versendung einer entsprechenden Abfrage über sein Netzwerk mit Trägern und Vereinen keine Rückmeldungen erhalten und schließt daraus, dass mit Stand 27.03.2023 kein Bedarf bei den bereits im Bezirk Mitte ansässigen Trägern zu bestehen scheint. Allerdings haben sich zwei Träger gemeldet, die noch Räumlichkeiten im Bezirk Mitte suchen. Näheres dazu kann der Anlage entnommen werden.
- Der auch der Bezirksbürgermeisterin zugeordnete Bereich Bildung und Kunst nennt als in Frage kommenden Träger den Stadtteilverein Tiergarten e.V., Pohlstraße 91, 10785 Berlin, der in der Stadtteilbibliothek Tiergarten Süd untergebracht und bereits in der obigen Tabelle des Amtes für Soziales aufgeführt ist. Als weiterer Träger kommt auch „Lesewelt Berlin e.V.“ in Betracht, der unproblematisch Räumlichkeiten im Bildungs- und Kulturzentrum Turmstraße 75 (Einrichtung des Amtes für Weiterbildung und Kultur) nutzt.

Die Abteilungen Jugend, Familie und Gesundheit sowie Stadtentwicklung und Facility Management haben aus den eingangs genannten Gründen keine Abfrage durchgeführt.

Die Abteilung Ordnung, Umwelt, Natur, und Straßen und Grünflächen greift nicht auf soziale Träger zurück.

Der Geschäftsbereich Schule und Sport berichtet zur Drucksache, dass zwar in manchen Schulen freie Träger die Hortbetreuung der Schüler*innen übernehmen, diese aber keine Räumlichkeiten selbst anmieten. Insofern kann von dort kein Beitrag zum Beschluss geleistet werden.

Das Bezirksamt stellt fest, dem Ersuchen der BVV nicht vollumfänglich nachkommen zu können. Insbesondere betrifft das die Erhebung unter allen in Frage kommenden Trägern sowie die halbjährliche Berichterstattung. Die Stichprobe des Amtes für Soziales, fehlende Rückmeldungen verschiedener Träger, insbesondere aus dem Bereich des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen, sowie Berichte der anderen Abteilungen lassen darauf schließen, dass derzeit keine Problemlagen und damit keine Bedarfe der Träger bestehen. Einzig hinsichtlich des Sprengelhauses scheint sich durch den angekündigten Verkauf der Immobilie eine Veränderung anzubahnen, wobei das Amt für Soziales noch keine konkreten Hinweise auf deren Auswirkungen hat. Die Altenhilfekoorinatorin hält engen Kontakt zu den Trägern, sodass bei Bedarf im Rahmen der Möglichkeiten Unterstützung geleistet werden kann. Wie ausgeführt sind die Möglichkeiten der Hilfe aber wegen fehlender Objekte begrenzt.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V. mit § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

Keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich einen berichtenden Charakter besitzt.

Berlin, den . .2023

Bezirksstadtrat Spallek

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Beantwortung der Anfrage 2871/V vom 19.01.2021; Träger mit Raumbedarf im Bezirk Mitte von Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach zweimaliger Versendung der Anfrage über mein Netzwerk mit Trägern und Vereinen, die sich mit den Belangen von Menschen mit Behinderungen befassen habe ich folgende Rückmeldungen erhalten (Stand 27.03.2022; 15:00 Uhr):

Derzeit scheint kein Bedarf bei den bereits im Bezirk ansässigen Trägern zu bestehen (keine Rückmeldungen).

Es haben sich allerdings zwei Träger gemeldet, die bisher noch keine Räumlichkeiten im Bezirk Mitte haben.

1. Der Verein **einePause e.V.** sucht seit Gründung 2019 Immobilien. Der Zweck des Vereins ist der Aufbau eines Angebots der Kurzzeitpflege. Hier sollen Familien mit behinderten Kindern / jugendlichen, die die Pflege persönlich übernehmen ihre Angehörigen (die keine Senior*innen sind) einige Tage bis max. drei oder vier Wochen in Pflege geben können. So erhalten die Angehörigen die Möglichkeit, bspw. gemeinsam in den Urlaub zu fahren oder eine Pause zu machen und sich von der der Daueraufgabe der Pflege und Betreuung behinderter Angehöriger auszuruhen. Der Träger findet wegen der angespannten Marktsituation im Land Berlin keine Immobilien und möchte im Haus der Statistik sein Angebot räumlich etablieren. Ein solches Angebot existiert meiner Kenntnis nach im Land Berlin derzeit nicht. Allein diese Tatsache macht das Anliegen von einePause e.V. unterstützenswert.
 - a. Vorbild für das Projekt ist der [Kupferhof Hamburg](#).
 - b. Weitere Informationen zu einePause e.V. finden Sie auf der [Webseite](#) des Vereins.
 - c. Eine Stellungnahme des Beauftragten für Menschen mit Behinderungen liegt bei (Anhang 2)
 - d. Die BVV wird gebeten, den Verein in seinem Vorhaben zu unterstützen
2. Der **Allgemeine Blinden- und Sehbehindertenverein (ABSV)**, Bezirksgruppe Mitte sucht zwar keine festen Räumlichkeiten (Büro oder ähnlicher Zweck). Allerdings findet die Bezirksgruppe seit der Zeit vor der Corona-Pandemie keine Räumlichkeiten für die Gruppentreffen. Diese Treffen finden ein bis maximal zweimal im Monat statt. Auch hier übermittle ich die Bitte des ABSV, bei der Raumsuche zu unterstützen.

Für Rückfragen oder Kontakt zu den genannten Trägern stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Jan Karsten Giese
Beauftragter für Menschen mit Behinderungen
Bezirksamt Mitte von Berlin



Mit freundlichen Grüßen

Jan K. Giese

Jan K. Giese

Beauftragter für Menschen
mit Behinderungen

27.03.2023

Berlin, den